

HB 23.4.70

Beamten-Ende

A. J. Nicht von ungefähr hat der Deutsche Beamtenbund gleich auf das OTV-Gutachten reagiert, mit dem den Beamten das Steikrecht als besonders großzügiges Geschenk feiheitlicher Lebensart angediehen werden soll. Das Gutachten, das die OTV als Kampfinstrument benutzt, ist von dem wissenschaftlichen Assistenten der Tübinger Universität, Wolfgang

Däubler zusammengebastelt worden. Die Beamten, jedenfalls der Deutsche Beamtenbund unter dem sonst sehr streitbaren Vorsitzenden Krause, sind über dieses Geschenk wenig beglückt. Man sagt hier, dieses Gutachten sei unrealistisch und zur Lösung der Reformaufgaben im öffentlichen Dienst ungeeignet und mit der herrschenden Lehre sowie mit den politischen Absichten der Parteien unvereinbar. Man kann aber noch weiter gehen und sagen: Ein Beamtenstreik ist Selbstmord an der Beamtenexistenz. Es ist nämlich einfach nicht vorstellbar, daß ein „Sachverwalter hoheitlicher Aufgaben“ auf der einen Seite die Fürsorgepflicht der öffentlichen Hand im überkommenen Sinn in Anspruch nimmt, wie sie sich in vielen Leistungen, nicht zuletzt im Beihilfewesen niederschlägt — und auf der anderen Seite sich so aufführt, als ob man nur von der Tarifautonomie zu leben habe. Man kann hier nicht auf beiden Zügen fahren. Wenn man streiken will, muß man eben auf seinen Beamtenstatus verzichten. Das heißt, der Staat wird dann seiner Alimentationspflicht entbunden und ist nur noch Tarifpartner. Der Beamtenbund hat das ganz klar erkannt, deshalb seine Distanzierung von diesem Gutachten. Es gibt allerdings böse Zungen, die behaupten, daß diese Untersuchung auch gar nicht den Beamten zusätzliche Rechte verschaffen soll, sondern nur als Zeitbombe gedacht ist. Als Zeitbombe nämlich, mit der man das jetzige Gefüge mit seiner Dreiteilung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in die Luft sprengen möchte, um dann die Zeit des klassenlosen Arbeitnehmers einzuläuten.